

Mitteldeutsche Rundschau

Organ der Werkvereine
in Frankfurt a. M. u. Umgebung.

Die Mitteldeutsche Rundschau erscheint wöchentlich einmal und zwar Sonnabends. Sie kostet, durch die Post bezogen, vierteljährlich 75 Pfg. einschließlich Bestellgeld. Bei Sammelabonnements in Postpaketen od. dch. Boten geliefert entsprechende Preisermäßigung.

Geschäftsstelle: Bezirksverband der Werkvereine in Frankfurt a. M. u. Umgebung.
Bank-Konto: Deutsche Bank, Frankfurt a. M.
Brief-Adresse: Mitteldeutsche Rundschau, Frankfurt a. M., Westhofstra. No. 20.
Drahtnachrichten: Mitteldeutsche Rundschau, Frankfurt/Main.

Anzeigenpreis: Zeitzeile 6 spaltig 20 Pfg. im Reklameteil 50 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Die Inseratenannahme wird Mittwoch geschlossen.

Nr. 4.

Frankfurt a. M., Sonnabend, den 24. Januar 1914.

I. Jahrgang

19.

Wochenbericht

bis zum 21. Januar.

14. Jan. — Die ordentliche Tagung des französischen Parlaments ist eröffnet worden.

— Der König von Norwegen eröffnete gestern die Tagung des Storting mit einer Thronrede.

— Der finnländische Landtag ist auf den 2. Februar einberufen worden.

— Im Reichstag erklärte der Präsident Kaempf gegenüber der Rede des Grafen York v. Wartenburg, daß die Behauptung, der Reichstag habe die nationale Gesinnung vermissen lassen, eine Beleidigung des Reichstags sei.

— Der japanische Admiral Graf Ito ist gestorben.

15. Jan. — Der Reichstag erledigte in seiner gestrigen Sitzung einige Petitionen über weitere Schutzbestimmungen für die Arbeiter in der Schwerindustrie sowie eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit.

— In der gestrigen Sitzung der sächsischen Ersten Kammer gab der Finanzminister v. Seydewitz wichtige Erklärungen über die finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten ab.

— Kronprinz Georg von Sachsen vollendet sein 21. Lebensjahr und wird damit großjährig.

16. Jan. — Der Kaiser empfing heute die Präsidien der beiden Häuser des Landtags.

— Heute traf Herzog Ernst August von Braunschweig zum Antrittsbesuch in Berlin ein.

— Der Haushaltsausschuß des Reichstags faßte heute Beschlüsse über die Propagandagelder für Kall, unter anderem über 500000 M. für Ausstellungszwecke in San Francisco.

— Generaldirektor Ballin hat mit dem österreichischen Handelsministerium über die Schifffahrt und das Auswanderungswesen ein Uebereinkommen abgeschlossen.

— In Albanien haben die Kontrollkommission und die holländischen Gendarmerieorganisationsaufträge erlassen, die der bevorstehenden Räumung Südalbaniens durch die Griechen gelten.

— Die Internationale Kontrollkommission soll bis zur Ankunft des Prinzen von Wied die Verwaltung Albaniens in die Hände nehmen.

17. Jan. — Bei der gestrigen Festtafel im kgl. Schloß wechselten der Kaiser und Herzog Ernst August von Braunschweig herzliche Trinkbrüche.

— Der Reichstag setzte in seiner gestrigen Sitzung die erste Beratung des Gesetzes über die Sonntagruhe im Handelsgewerbe fort.

— In Stockholm ist der schwedische Reichstag gestern zu seiner ordentlichen Tagung zusammengetreten.

— Das englische Unterseeboot „A 7“ ist gestern bei Plymouth gesunken.

— In Berlin fand das Fest des hohen Ordens vom Schwarzen Adler statt.

20. Jan. Der Reichstag setzte in seiner gestrigen Sitzung die Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern fort.

21. Jan. — Im kgl. Schloß hielt gestern abend das Kaiserpaar die übliche große Defilécour ab.

— Präsident Wilson verlas gestern im Kongreß eine Botschaft über die Gesetzgebung mit Rücksicht auf die Trusts.

Zum 27. Januar.

Auf, Alldeutschlands treue Söhne,
Singt den vaterländischen Sang.
Daß der wieder frohe Löwe
Rauschen in der Saiten Klang!
Dankt dem Schicksal, das erkoren
Für des schönsten Landes Thron.
Eines großen Wilhelm Enkel,
Eines edlen Friedrichs Sohn!

Hohenzollern vertrauen
Wir des Vaterlands Geschick,
Daß erblich in allen Gauen
Eines holden Friedens Glück:
Dann kann Arbeit uns auch legen
Um das Haupt den Lorbeerzweig;
Dann ist Arbeit lust und Segen,
Dann das reichste Reich erst reich.

Doch ruft uns zu heiligem Streife
Unsers Kaisers Aufgebot,
Siegen wir an seiner Seite,
Oder sterben Heldentod.—
Hebt zum Schwur die Arbeitstrolche,
Hebt die kräftigeren Hände:
Creu dem Kaiser, unfremd Kaiser,
Creu dem deutschen Vaterland!

Ein Rückblick und Ausblick.

Der Geburtstag unseres Kaisers ist denen, die ihr Vaterland lieb haben, ein willkommener Anlaß zu einem Rückblick und Ausblick.

Es ist nicht zu leugnen, daß in unserem Volke vielfach Unzufriedenheit und Mißstimmung Platz gegriffen hat. Besonders seit der Reichsfinanzreform scheint es, als ob sich zwischen den bürgerlichen Parteien eine große Kluft gebildet hätte. Durch die aufreizende Tätigkeit der Sozialdemokratie hat sich unser Volk auch in anderer Richtung in zwei feindliche Lager gespalten; da ein großer Teil unserer Arbeiterschaft, durch die jahrelange, entsetzliche Tätigkeit der sozialdemokratischen Presse und durch die Brandreden ihrer Agitatoren Staat, Königtum und Vaterland zu hassen gelernt hat.

Eine übermäßig scharfe Kritik hat in weiten Kreisen der Öffentlichkeit das Gefühl erweckt, daß unsere innere Verwaltung vielfach auf falschem Wege sei, sodaß man ihr Altersschwäche und Mangel an Leistungskraft zuschreibt. Unsere äußere Politik hat seit dem Ausscheiden Bismarcks in unserem Volke fast nirgends befriedigt. Die Regierung soll zu schwach gewesen sein und nirgends Widerstand gezeigt haben, was man ihr besonders in der Marokkoangelegenheit vorwirft. Das einzige, dem wir noch unbedingtes Vertrauen schenken, ist unsere altbewährte Armee und unsere Marine. Aber auch hier haben sich unlustige Kritiker gefunden.

Dagegen wir alle überzeugt sind, daß unser Kaiser eine starke Persönlichkeit ist, scheint es doch, als ob manche Kreise für ihn fast kein Verständnis haben. Ein Teil der Presse hat es für einen besonderen Beweis der Mannhaftigkeit gehalten, fortwährend mit überschärfer Kritik an die Regierung und ihren obersten Leiter heranzutreten; sie haben unser Volk stellenweise aus Kritikern zu Würgeln gemacht.

Der Geburtstag unseres Kaisers sollte uns ein Anlaß sein, einmal ernst über diese Fragen nachzudenken, uns klarzumachen, ob diese Unzufriedenheit berechtigt ist, und wie sie entsteht.

Zunächst müssen wir feststellen, daß unsere wirtschaftliche Lage zu dieser Unzufriedenheit nicht den geringsten Anlaß geben dürfte. Unser Volk hat in den letzten Jahren, hauptsächlich unter der Regierung unseres Kaisers, eine Entwicklung genommen, die in der Geschichte europäischer Völker nicht ihresgleichen hat.

Während das deutsche Volk im Jahre 1850 17 Millionen Einwohner zählte, während es zur Zeit des Krieges 1870 den Franzosen eine gleiche Volkszahl gegenüberstellen konnte, sind wir heute mit schwindender Schnelligkeit auf 65 Millionen Einwohner gewachsen, und heute in der Menschenzahl. Am deutlichsten können wir die hervorragende Entwicklung im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet verfolgen. Die neue Entwicklung hat Städte hervorgezueubert, wie Düsseldorf, Elberfeld und Essen, die um 1820 kaum 10—20000 Einwohner hatten, und heute zu Kleinstädten mit 200000 Einwohnern geworden sind. Zu dieser Vermehrung steht im Verhältnis eine Steigerung der Leistung aller Kreise unseres Volkes. Ferner sind die Löhne in den deutschen Reich von 1871 bis zum Jahre 1875, auf 14547 Millionen Jahre 1908 gestiegen, also um 678 Prozent. Beweis für die Besserung der wirtschaftlichen Lage ist die Besserung der wirtschaftlichen Lage, daß heute unser Volk kaum noch eine Auswanderung mehr, aber eine Einwanderung in großem Maße verzeichnen hat.

Auch scheint es unbillig, die Misserfolge unserer Äußerer zu dürfen. In der Marokkoaffäre hat durch vor dem festen Auftreten Deutsch-lands seinen fähigsten Minister seit Gambett Russland hat den Völkern Frieden in Europa als Deutschland mit starkem Schwert, Freiheit in der bostnischen Frage und wäl Krieges neben den österreichischen Bundesmitgliedern.

Auch die unter den Arbeitern geübt ist nicht berechtigt. Wir werden beneidet um unsere sozialen Fürsorger Arbeiterklassen vor der dringendsten Alters-, der Invalidität, und der Krankheit. Über 40 Jahre, eine für frühere lange Friedenszeit, liegen hinter uns. Wir werden beneidet, in ungezügelter wirtschaftlicher Aufschwung zu nehmlich aus jener Bereicherung, die unserem Aus fremden Ländern, sogar aus den Frank reich, gezollt wird, lernen, Derrichter besitzen, der in der Re weitereres würdiges Glied bildet.

Woher nun also diese Unzufriedenheit entstanden? Mit den 40 Friedensjahren liegt hinter uns eine große Zahl von Ereignissen, die sich über das Niveau des Alltagslebens erheben, wie jene großen kriegerischen Taten eines Volkes, und die politische Einigungstat eines Bismarck. Wohl freuen wir uns, daß wir in dem Schatten der Friedenspalme in Ruhe weiterarbeiten durften, aber es fehlen uns eben jene großen Taten, die erst das richtige Maß für die kleinen Dinge des Alltags abgeben. Wir sind wie ein Volk, das sich jahrelang auf eine Prüfung vorbereitet, und diesen schweren Tag, der erst eine Abspannung und eine Auslöschung aller Neunrührigung bietet, noch vor sich liegen sieht. Dann dürfen wir nicht ver-gessen, daß wir uns in dem Fluß einer ungeheuren Ent-wicklung befinden, die uns täglich fast vor neue und unbe-kannte Verhältnisse stellt, und fortwährend neue Entschlüsse von uns verlangt. Fortwährend entstehen neue Industrien, neue Gewerbezweige, neue Städte, neue Verhältnisse, die fortwährend eine Fülle gesetzgeberischer Maßnahmen not-wendig machen, dabei jedoch keinen der betroffenen Stände befriedigen. Alle Stände haben sich daran gewöhnt, in den beständigen Lauten zu schreien und mit maßlosen Forderungen, die weit über das Erreichbare hinausgehen, an die Regierung heranzutreten. An der Spitze fast jeder Bewegung stehen Agitatoren, die unser Volk nicht zur Ruhe kommen lassen. Hinzu kommt, daß das Erwerbs-leben die Anspannung aller Kräfte erfordert, daß wir oft arbeiten müssen bis zum Ermatten, damit nicht die nach-drängenden über uns zu jener Höhe wirtschaftlichen Wohl-standens emporzuschreiten, die wir selbst erklommen wollen. Ein heftiger wirtschaftlicher Kampf hat sich entwickelt. Es ist offenbar, daß wir sehr materialistisch, man möchte sagen, daß wir zu amerikanisch geworden sind. Unser Volk hat stellenweise die Manieren eines Menschen angenommen,

zur 36. Zeit des ab- und ent- endelnder egen und Millionen diese her- jenseitigen d, Varmen d, Einwohner 1—400000 jren Volks- Lebenshal- id die Spar- 9 Millionen en Markt im Ein weiterer n Lage ist der, andernung, viel- Maßgabe zu

on andauern- Politik sprechen Frankreich aus lands, Delcassé, a entlassen, und ja wehren müssen, ind großer Festig- rend des Balkan- esgenossen trat. ährte Unzufrieden- von allen Völkern gegeben, die unsere Not im Falle des mkeit schätzen. here Verhältnisse sehr und, die unserem Ruhe einen ungeahnten en. Wir sollten eigent- en. Wir sollten eigent- großen Friedens-Kaiser a uns feindlich gesimten daß wir in ihm einen che der Hohenzollern ein

der zu schnell reich geworden ist. All die Unruhe, das Hasten, die Unzufriedenheit, die Mißstimmung, die Gewissensbisse, der Mangel an Idealismus, fast alles ist der Fluch des Geldes, der unser Volk reich, aber nicht glücklicher gemacht hat.

Was muß unsere Aufgabe unter solchen Umständen sein? Wir müssen uns unseren Idealismus zu bewahren suchen; wir müssen das mit gleichen und edel denkenden Menschen zusammenschließen, wir dürfen nicht die Ruhe in all dem Hasten verlieren und müssen mit klarem, objektivem Auge an die einzelnen Dinge herantreten. Leiden wir doch schwer darunter, daß wir als Mitlebende von dem großen historischen Gemälde nur ein kleines Stück der geschichtlichen Entwicklung überschauen können, weil wir zu nahe vor dem Gemälde stehen.

Der Geburtstag unseres Kaisers verlangt das besonnene Anschauen seiner Persönlichkeit, auf die wir wohl Grund haben, stolz zu sein. In welcher Weise ist er an der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Volkes beteiligt? Als er zur Regierung kam, fürchteten manche Kreise, daß es ihn zu kriegerischen Taten drängen würde, „weil einen Sieg der junge Feldherr braucht.“ Wir haben das Gegenteil davon erlebt, eine Ära des Friedens und des Aufschwunges hat sich entwickelt, die kaum ihresgleichen hat. Gerade seit 1888, dem Regierungsanfang, ist die Entwicklung eine gewaltige gewesen. Die Einwohnerzahl von Düsseldorf ist von 176 000 im Jahre 1895 auf 367 000 im Jahre 1910 gestiegen, in Essen in dem gleichen Zeitraum von 96 000 auf 293 000. Aber auch der Kaiser selbst hat mit eigener Hand in diese wirtschaftliche Entwicklung eingegriffen. Wir dürfen wohl sagen, daß wir die blühende Entwicklung unserer Schiffbauindustrie in erster Linie ihm verdanken. Anfang der 80er Jahre bewog er deutsche Rhedereien, deutschen Werften zum ersten Mal den Bau von Schnelldampfern zu übertragen. Die Vulkan-Werft in Stettin verfertigte sich an den ersten sechs Dampfern um 1,5 Millionen Mark. Aber es war doch viel gewonnen; denn der Hann war gebrochen und seitdem hat sich unsere Schiffbauindustrie in einer Weise entwickelt, daß sie den Neid jener Länder erregt, die früher an erster Stelle marschierten. Unter der Regierung Kaiser Wilhelms ist die Armee weiterhin bis in die feinsten Einzelheiten ausgebildet worden, unter seiner Regierung ist die deutsche Flotte entstanden, und, während wir über die Schwäche unserer auswärtigen Politik zürnen, wirft man unserer Regierung eine maßlose Ausnutzung ihrer materiellen Überlegenheit gegenüber anderen Staaten vor.

Wohl ist unser Kaiser nach alter preussischer Ueberlieferung ein Soldatenkaiser. Und das ist recht; denn ein vielbeneidetes Volk muß seine schimmernde Wehr blank erhalten. Aber auch den anderen Ständen hat er stets sein lebhaftes Interesse gezeigt. Besonders der Arbeiterstand kennt genug Augenblicke aus dem Leben des Kaisers, in denen er einen klaren Blick und ein warmes Herz für die Noth der Arbeiter bewies. Gleich zu Anfang der Regierung des Kaisers entstand im Rheinisch-Westfälischen Kohlengebiet der Bergarbeitersstreik des Jahres 1889. Damals empfing der Kaiser im königlichen Schloß zu Berlin drei Arbeiterdelegierte, er hat auch mit den Vertretern der Arbeitgeber gesprochen und beiden Seiten den Wert der friedlichen Verständigung klar gelegt. Im Jahre 1897 ist der Kaiser mit seiner ganzen Persönlichkeit gegen den Terrorismus der Kampfvereinigungen aufgetreten. Am 17. Juni 1897 forderte er auf dem Spartenberge bei Bielefeld: „rücksichtslose Niederwerfung jedes Unsturzes und die schwerste Strafe dem, der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, am freiwilligen Arbeiten zu hindern.“ Im September 1898 hielt er die bekannte Deunhauser Rede, in der er dem deutschen Volke ein Gesetz versprach, „worin jeder — er möge sein, wer er will, und heißen, wie er will — der einen deutschen Arbeiter, der willig ist, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht, oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll.“ Diese Gesetzesvorlage wurde vom Parlament abgelehnt. Im Jahre 1907 sprach der Kaiser in Münster sein soziales Bekenntnis aus. Er erklärte in Bezug auf die Arbeiter: „Die Sorge für sie, ihren Wohlstand und ihre Wohlfahrt habe ich als treues Erbe von meinem in Gott ruhenden Großvater übernommen, und es ist mein Wunsch und Wille, daß wir auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge festhalten an den Grundsätzen, die in der unvergesslichen Botschaft Kaiser Wilhelms des Großen niedergelegt sind.“

Daß der Kaiser während der Festlichkeiten anläßlich der Jahrhundertfeier des Hauses Krupp auf die Nachricht von dem schrecklichen Grubenunglück auf Jede Vorbringen bei Bochum von Essen nach dort eilte und die Hinterbliebenen tröstete, hat ihm eine dankbare Erinnerung auch bei denen verschafft, die durch sozialdemokratische Verheerung monarchischen Gefühlen entfremdet sind. Die Eindrücke, die der Kaiser aus Jede Vorbringen mitgenommen, veranlaßten ihn, die Wissenschaft in verdächtigem Maße zur Mithilfe bei der Bekämpfung solcher Grubenunfälle heranzuziehen: Die Erfindung der Schlagwetterpfeife ist das Ergebnis.

Der bessere Teil unserer Arbeiterschaft, der noch religiös zu empfinden vermag, besonders die Werkvereinskreise, fühlen sich mit dem Kaiser sicherlich eins, wenn er zur Lösung der großen Fragen unserer Zeit die christliche Grundanlage als notwendig ansieht. Er erklärte 1902 in Aachen: „Wollen wir nach jeder Richtung unseren großen Aufgaben gerecht werden, dann dürfen wir nicht vergessen, daß der Urgrund, aus dem dies Reich entstanden ist, wurzelt in der Einfachheit, Gottesfurcht und den hohen sittlichen Anschauungen unserer Vorfahren.“

Darum ist es verständlich, daß auch weite Kreise des Arbeiterstandes am Geburtstag des Kaisers dankbaren Verzweigen seiner gedenken. Sie fühlen sich eins mit den anderen Ständen in der Treue zum Vaterlande, in der Verehrung des Hauses Hohenzollern und in der Liebe zum Kaiser.

Der Rückblick auf das bisherige Wirken unseres Kaisers möge das rechte Verständnis hierfür in uns festigen, und der Ausblick in die Zukunft uns anspornen, an unserem Teil nach besten Kräften in besonnener und zielbewußter Weise mitzuwirken an einer Förderung der Interessen unseres Volkes und unseres deutschen Vaterlandes.

Lohnbildung, Streiks und Arbeiterverbände.

In Deutschland sind in den letzten 40 Jahren die Löhne ununterbrochen gestiegen, verhältnismäßig stärker in der zweiten Hälfte des Zeitraums. Die deutschen Streikgewerkschaften haben gleichfalls in dem Zeitraum von 40 Jahren ihren Aufschwung genommen derart, daß er seit 1890 bedeutend größer war als vorher. Es ist verständlich, wenn daher diesen Streikgewerkschaften nicht ganz zu Recht ein großer Teil des Verdienstes an der erfreulichen Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft zugeschrieben wird. England, Australien und Amerika, drei Länder, in denen die Arbeiterschaft mindestens so gut streikgewerkschaftlich organisiert ist wie in Deutschland, sind demgegenüber treffliche Beispiele dafür, daß unabhängig von den Lohnkämpfen die Arbeitsbedingungen sich gebildet, daß die Streiks eine Lohnverbesserung dort nicht bewirkt und auch Lohnverschlechterungen nicht verhindert haben. Wenn man auch daraus schließen kann, daß auch in Deutschland der Einfluß der Streikgewerkschaften auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen unerheblich oder ganz ohne Bedeutung ist, so verlangt die Erscheinung doch nach einer inneren Erklärung. Die wirtschaftliche Entwicklung kann plötzlich einen anderen Verlauf nehmen als bisher, dann scheitern die an Tatsachen früherer Zeiten aufgestellten wirtschaftlichen Grundzüge. Lie im sozialdemokratischen Programm niedergelegten wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen sind heute Lügen gestraft. Die Frage lautet dahin: Können die Streiks besser für die Arbeiterschaft auf die Arbeitsbedingungen einwirken? Es braucht wohl nicht ausdrücklich betont zu werden, daß der Erfolgswahrscheinlichkeit des Streiks meistens ein untaugliches Mittel ist, die Frage zu beantworten, da es sich einmal um Tatsachen handelt, die sehr leicht Änderungen unterworfen sind, zum andern um äußerst zweifelhafte und anfängbare Tatsachen (so kann zum Beispiel ein „erfolgloser“ Streik sehr wohl einen Erfolg nach sich ziehen, als in Zukunft die betroffene Arbeiterschaft leichter Zugeständnisse macht, und ein „erfolgreicher“ Streik kann doch erfolglos sein, als über kurz und lang die erstreikten Erfolge ganz von selbst eintreten wären).

Um jedem Trugschluß aus dem Wege zu gehen, ist es unbedingt erforderlich, alle Schlüsse bis auf ihren Ursprung zurückzuführen, und nur die unzweifelhaft feststehenden Begriffe, die bei anderer Deutung auch zu keinem anderen Ergebnis führen können, als gegeben zu betrachten.

Der Arbeitslohn ist ebenso wie Gehalt das Entgelt für die im Interesse eines anderen aufgewendete Arbeitskraft und für die dadurch erzielte Leistung. In dieser unanfechtbaren Form ähnelt der Begriff Arbeitslohn dem des Preises, der gleichfalls ein Äquivalent darstellt für den Erwerb eines Gutes. Vor allen Dingen tritt das zutage bei der Frage nach der Bildung des Preises und des Lohnes, nach den wirtschaftlichen Faktoren, die zusammenwirken, um die Höhe des Lohnes, des Preises zu bestimmen. Sind für eine zu leistende Arbeit reichlich Arbeitskräfte vorhanden so wird der Lohn geringer sein, als wenn es an Arbeitskräften mangelt. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt also zu allererst die Höhe des Lohnes wie in anderen Fällen die Höhe des Preises einer Ware. Weshalb hat man sich mit dem Vergleich oder auch der Gleichstellung von Arbeitskraft und Ware nicht einverstanden erklärt. Auf die sentimentalischen Einwände, daß der Ausdruck „Ware“ für die mit der Person des Menschen eng verknüpfte Arbeitskraft nicht glücklich gewählt sei, kann bei einer wirtschaftlichen Betrachtung nicht Rücksicht genommen werden, wenigleich der Vergleich in anderer als wirtschaftlicher Beziehung irreführend sein kann. Auch der volkswirtschaftliche Einwand, daß Preis und Lohn insofern nicht vergleichbar seien, als bei jenem fortgesetzt eine Senkung erstrebt und erreicht wird, beim Lohn aber in den Kulturstaaten sich eine Hebung durchsetzen soll, greift hier nicht Platz. Es handelt sich bei uns um den Arbeitslohn lediglich vom Standpunkt des Arbeiters, um den Preis lediglich vom Standpunkt des Verkäufers aus betrachtet. Und in beiden Fällen geht das Bestreben dahin, ihn möglichst hoch zu schrauben. Insofern sind Preis und Lohn nach ihrer Entstehung und in ihrer Wirkung gleich zu behandeln. Im entgegengesetzten Fall bezeichnet man den Arbeitslohn direkt als einen Unterbegriff des Preises.

Die verschiedensten wirtschaftlichen Umstände wirken nun auf das Angebot von Arbeitskräften und auf die Nachfrage ein, die Mächtigkeits- und Betriebsamkeit eines Volkes, der Volkswohlstand, die Lage der arbeitenden Klassen, staatliche Arbeiterschutzbestimmungen usw. Je nachdem sie in einem Lande besser oder schlechter sind wird der aus Angebot und Nachfrage sich bildende Lohn höher oder niedriger sein. Insofern handelt es sich um allgemein volkswirtschaftliche Gesichtspunkte. Eine größere Rolle spielen bei unserer Frage „die Lohnsätze, die Streiks“ die besonderen von den Zeitverhältnissen abhängigen Momente als Aufschwung, Niedergang, Stagnation des gewerblichen Lebens, Sicherheitsverhältnisse des Handelsverkehrs, kurz die wirtschaftliche Konjunktur, und weiter als schon mehr spezielle Faktoren, die Befähigung, bestimmte Arbeiten auszuführen, Maschinenarbeit, Gefahrenrisiko usw. Näher darauf einzugehen, erübrigt sich, da wohl ohne Zweifel jedem die Beeinflussung des Lohnes durch die aufgeführten Umstände einleuchtet. Wesentlich ist ein anderer Punkt, der beantwortet werden muß. Wann kommt überhaupt ein Angebot zu Stande, welche unbedingten Voraussetzungen müssen da vorhanden sein? Ohne Zweifel erst dann, wenn

der Lohn das „Existenzminimum“ des seine Arbeitskraft anbietenden deckt, d. h. wenn er so hoch ist, daß die „Selbstkosten“ der Arbeit gedeckt sind, bestehend aus den notwendigen Kosten des Lebensunterhaltes und der Verzinsung des in dem Arbeitenden durch Schule, Lehre usw. angelegten Kapitals. Zu schlechteren Bedingungen wird niemals jemand seine Arbeitskraft verkaufen. Nur in wenigen die Regel bestätigenden Ausnahmefällen geht das Angebot unter diese Höhe herunter — z. B. Heimarbeit. Auch die Nachfrage ist abhängig und zwar vom „Verbrauchswert“ der Arbeitsleistung, von dem Werte den die genutzte Arbeitskraft jeweils hat. So kann er z. B. in einem Betriebe, wo gelehrte Arbeiter gebraucht werden für Anfertigung feiner Arbeiten, die gut abgesetzt werden, sehr hoch sein; er kann umgekehrt bei schlechtem Geschäftsgang, niedrigen Warenpreisen sehr niedrig sein. Abhängig ist er auf alle Fälle einzig von der Gestaltung des Wirtschaftslebens, auf das der Arbeiter allein einen Einfluß nicht ausüben kann, nur in Gemeinschaft mit dem Unternehmer und zwar derart, daß er die gute Konjunktur nicht föhrt.

Durch die beiden Grundbegriffe Selbstkosten und Verbrauchswert wird Angebot und Nachfrage bestimmt, eine natürliche Bestimmung, die weder über den Verbrauchswert hinaus; noch unter die Selbstkosten, das Existenzminimum, hinabgehen kann. Jeder Versuch, es gewaltsam zu tun, muß scheitern und störend auf das Wirtschaftsleben einwirken. Eine Erhöhung über den Verbrauchswert verteuert die Produktionskosten, macht den Betrieb unrentabel, trifft den Unternehmer und weiter den Arbeiter. Ein Sinken unter das Existenzminimum ist unrentabel für den Arbeiter — er gibt die Arbeit auf und sucht andere. So sind Angebot und Nachfrage natürlich bestimmt, sie bestimmen weiter natürlich den Lohn. Ein Beispiel: Schlechte Konjunktur bringt mit sich verminderte Aufträge für die gewerbliche Arbeit, der Bedarf an Arbeitskräften ist nicht mehr so hoch als vorher zu Zeiten guter Konjunktur, die Nachfrage nach Arbeitskräften nimmt ab; Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, Arbeitslosigkeit muß die notwendige Folge sein. Bedingen irgendwelche Umstände der oben einzeln angeführten Faktoren nun gar ein Herabsinken des Lohnes unter das Existenzminimum, d. h. das Lohnminimum, was unbedingt zur Freisetzung des Lebensunterhaltes des Arbeiters und seiner Familie erforderlich ist, so kann man als erste Erscheinung wahrnehmen Abwanderung in andere Berufe, oder die Auswanderung, eine Erscheinung, die wir seit 40 Jahren nicht mehr kennen, die aber noch heute in anderen Ländern, selbst in Nordamerika zu beobachten ist — ein günstiges Zeichen für unsere Volkswirtschaft und ein Glück für die Arbeiterschaft. So ist kurz dargestellt der natürliche Gang der Lohnbildung.

II.

Den Schicksalschlägen des wirtschaftlichen Lebens sollen die Arbeiterverbände entgegenwirken, sie sollen weiter darüber machen, daß entsprechend den oben entwickelten Gesetzen von der Lohnbildung dem Arbeiter auch der gerechte Lohn zuteil wird — in der Höhe zuteil wird, wie ihn die natürliche Entwicklung mit sich bringt. Diese Aufgabe wollen unsere Streikgewerkschaften mit Hilfe der Arbeitseinstellungen, der künstlichen Einschränkung des Angebots an Arbeitskräften und künstlicher Erhöhung der Nachfrage auf Arbeitgeberseite erfüllen.

Prüfen wir nun an den möglichen Fällen einmal näher den Einfluß der Arbeitskämpfe auf die Lohnbedingungen nach, immer vorausgesetzt, daß sie nach Ansicht der streikenden Arbeiterschaft erfolgreich verlaufen.

1) Die Forderung der kämpfenden Arbeiter richtete sich auf Arbeitsbedingungen, die besser sind als die durch das natürliche Werden bedingten. Zwei Möglichkeiten der wirtschaftlichen Weiterentwicklung nach Einführung der angestrebten Bedingungen sind nur vorhanden. Entweder: die außerordentlich günstigen Arbeitsbedingungen ziehen aus anderen Betrieben und Berufen eine große Anzahl Arbeiter an, das Angebot steigt — die Nachfrage nach den überaus teuren Arbeitskräften natürlich nicht — die Löhne werden wieder, entweder mit oder ohne Kampf, auf ihre „natürliche“ Höhe herabgedrückt. Oder: Infolge der erhöhten Produktionskosten kann der Arbeitgeber seinen Betrieb nicht mehr rentabel gestalten. Er ist gezwungen, ihn vorläufig oder für immer einzuschränken oder aufzugeben.

Arbeitskräfte werden frei, die anderwärts Arbeit finden müssen, dort das Angebot steigen, die „Löhne drücken“. Der Erfolg ist so oder so in sein Gegenteil umgeschlagen.

2) Ähnlich sind natürlich die Folgen bei einem Streik, wo es sich darum handelt, das Existenzminimum aufrecht zu erhalten, damit der einzelne Arbeiter und seine Familie nicht Hunger und Not leiden. Da dieser Fall, wenn auch nicht für die gesamte deutsche Volkswirtschaft, so doch immerhin für einzelne Berufe oder Berufsgruppen in einzelnen Gegenden möglich ist, so seien hier einige Einzelbeispiele zu den oben angegebenen verschiedenartigen Faktoren, die auf Angebot und Nachfrage wirken, angegeben.

Ungünstige Konjunktur, schlechte Preise der erzeugten Waren — der Betrieb ist für den Unternehmer unrentabel — die Löhne müssen fallen, selbst unter das Existenzminimum. Streiken die Arbeiter mit Erfolg, so erhöhen sich für den Arbeitgeber die Produktionskosten, er arbeitet schließlich mit Verlust — solange bis er gezwungen ist, den Betrieb einzustellen und die Arbeiter zu entlassen. Jede Besserung der Konjunktur, die in der Zwischenzeit eingetreten ist und dem Arbeiter die Weiterzahlung des erkämpften Lohnes verbürgt, ist nicht den Streikenden zuzuschreiben, wie es vielfach fälschlicherweise geschieht, sondern der „natürlichen“ Entwicklung.

In einem Betriebe werden infolge technischer Erzeugnisse Maschinen eingeführt, die billiger arbeiten als Handwerker und die Löhne außerordentlich herabdrücken. Auch hier werden sich dieselben Folgerungen wie im vorigen Beispiel ergeben, entweder Arbeitslosigkeit oder die auf natürlichem Wege herbeigeführten schlechteren Löhne.

Die häufigste Ursache des Streiks sind nun nicht die in den beiden oben angeführten Fällen gegebenen Gründe. Sie ist vielmehr zu suchen in dem ständigen Steigen und Fallen der Löhne, in den Rückschlägen, welche auch heute noch Zeiten guter Löhne folgen. Und auch hier stellen sich analog dieselben Wirkungen bei Arbeitsverhältnissen ein. Ein sehr niedriger Lohn müßte natürlicherweise zu einer Abwanderung führen in andere Berufe, andere Gegenden, wodurch das Angebot vermindert würde, und der Lohn durch einen ganz natürlichen Vorgang steigen würde. Diese Form der Lohnregulierung mag in sehr vielen Beziehungen nicht gerade wünschenswert sein, sie ist aber eine häufig beobachtete Erscheinung und vor allem schädlich für lange nicht in dem Maße die Arbeiterschaft und das Gemeinwohl wie jeder Ausstand, der sie künstlich verhindern will. Mag der Streik begründet werden wie er will, unter keinen Umständen ist er geeignet, bessernd auf die Lage der Arbeiterschaft zu wirken, auch nicht für den angenommenen Fall, daß in einem Lande die gesamte Arbeiterschaft nicht das erforderliche Auskommen für den notwendigen Lebensunterhalt hat. Dann bestehen Mängel in der volkswirtschaftlichen Organisation dieses Landes. Das erste Bestreben muß sein, sie richtig zu erkennen und danach Abhilfe zu schaffen, wobei der Streik — als Generalstreik — das verfehlteste Mittel wäre. (Fortsetzung folgt.)

Berichte aus den Werkvereinen.

Gründungs-Bericht des Werkvereins der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron.

Seit Jahren hat man die immer mehr zunehmende Benachteiligung der Arbeiter unseres Werkes durch die freien Gewerkschaften und den Einfluß, den diese Organisation, sowie deren einzelne Anhänger sich anmaßten, beobachten können. Durch Agitation, als auch durch den Terrorismus, der in verwerflichster Weise ausgeübt wurde, versuchten sie, den letzten Arbeiter in ihre Reihen hineinzudrängen. Diesem anmaßenden Zwang standen die unorganisierten, ruhigen und besonnenen Arbeiter oft hilflos gegenüber; infolgedessen reiste in unserem Heinrich Mahler der die Uebergänge der freien Gewerkschaften schon lange erkannt hatte, der Entschluß, für die Arbeiter, die sich bisher keiner Streikgewerkschaft angeschlossen hatten oder sich in ihr nicht wohl fühlten, eine Vertretung ihrer Interessen auf neuer gewerkschaftlicher Grundlage zu schaffen. So entstand auf Veranlassung des Genannten die Gegenbewegung in unserem Werke, welche getragen wird von dem natürlichen Geiste der Interessen-Gemeinschaft zwischen Arbeitgeber und den Arbeitern.

Diese Gegenströmung ist unsere wirtschaftsrechtliche nationale Arbeiterbewegung, die seit dem Jahre 1905 in ganz Deutschland besteht. Diese neue deutsche Arbeiterbewegung sind die Werkvereine.

Diese Vereine sind von Arbeitern gegründet worden, welche weder von der Sozialdemokratie noch von den auf dem Streikprinzip beruhenden gewerkschaftlichen Arbeiter-Organisationen etwas wissen wollen. Sie sollen ein vollständiger Ersatz für die bisherigen Gewerkschaften sein. Deshalb nehmen sie auch nur Mitglieder auf, die bei keiner anderen Gewerkschaft organisiert sind. Sie geben keineswegs ihre Streikrecht auf, wie man vielfach aus ihrem Kampfe gegen die Streikgewerkschaften gefolgert hat, sehen den Streik vielmehr immer noch als das letzte Mittel an, berechnete Ansprüche der Arbeiter durchzudrücken, erklären sich aber gegen die Ueberhöhung des Streikes als des einzigen oder besten Mittels zur Förderung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiterstandes. Sie wenden sich auch gegen die Auffassung des Streikes als Klassenkampf, sind vielmehr der Ansicht, daß die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch die gemeinsame Abhängigkeit vom Gedeihen der Unternehmung überwiegend gleichlaufend sind, und daß auf dem Wege der friedlichen Verständigung zwischen beiden Organen der Unternehmung gelegentlich auftretende Gegensätze sehr wohl ausgeglichen werden können. Sie legen deshalb besonderen Wert darauf, mit den Arbeitgebern friedliche Verhältnisse anzubahnen, und das durch die verhängnisvolle Arbeit der Streikgewerkschaften verloren gegangene beiderseitige Vertrauen wieder herzustellen. Sie sind bestrebt, ihre, das Arbeitsverhältnis betreffenden Wünsche in vernünftigen Grenzen zu halten und in sachlicher Weise vorzutragen; der Erfolg hat gelehrt, daß in den meisten Fällen eine beide Teile befriedigende Lösung möglich war.

Auf dieser Grundlage wurde unser Verein unter dem Namen „Werkverein der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron“ am 4. März 1913 mit 56 Mitgliedern gegründet. Nachdem der zum ersten Vorsitzenden gewählte Heinrich Mahler am folgenden Tage die Direktion von der Gründung des Werkvereins in Kenntnis gesetzt hatte, erklärte sie sich mit dieser Gründung einverstanden, und sagte zugleich ihr weitestgehendes Entgegenkommen sowie ihre Unterstützung zu.

Die Gegner sagen nun, daß die Werkvereine durch gelegentliche oder laufende Anwendung der Arbeitgeber unfrei würden. Sie übersehen hierbei indes, daß diese Anwendung keine Geschenke, sondern Beiträge sind, die sich aus dem engen Zusammenarbeiten beider Teile von selbst ergeben. Es kommen auch hier die Erzeugnisse mit in Betracht, die dazu geführt haben, die Arbeitgeber zu den Kosten der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung mit heranzuziehen. Eine moralische Pöfel kann durch die Beiträge der Arbeitgeber für die Werkvereine nicht entstehen. Die Vereine beschließen vielmehr über die zur Erreichung ihrer Ziele zu unternehmenden Schritte vollkommen frei und unabhängig. Werkvereine, denen der Arbeitgeber die Selbstständigkeit und Bewegungsfreiheit einräumen wollte, würden unfehlbar von selbst dem Untergang verfallen müssen.

Auch behaupten unsere Gegner, daß wir auf unser Koalitionsrecht freiwillig verzichten. Das Koalitionsrecht ist ohne Zweifel eines der wichtigsten und wertvollsten Rechte des Arbeiterstandes. Man versteht unter einer

Koalition eine vorübergehende oder dauernde Vereinigung von Arbeitern zum Zwecke einer Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es hat lange und schwere Kämpfe gekostet, ehe der Arbeiterschaft dieses Recht gegeben wurde und schon daraus allein geht hervor, daß dieses Recht zu wertvoll ist, als daß es einem vernünftigen Arbeiter einfallen könnte, darauf zu verzichten. So wertvoll die Koalitionsfreiheit ist, so entschieden ist aber auch jeder Koalitionszwang zu verurteilen. Die freien Gewerkschaften vertreten das Prinzip des schlimmsten Koalitionszwangs und erklären selbst tätliche Angriffe für berechtigt wenn sie der Durchsetzung des sozialdemokratischen Koalitionszwangs damit dienen. Mit solchen Anschauungen können und wollen freilich die Werkvereine als Freunde und Anhänger wirklicher Koalitionsfreiheit nichts gemein haben, denn sie wollen wirkliche Koalitionsfreiheit für jeden Arbeiter; ihr Prinzip ist: Freiheit für jeden Arbeiter, Freiheit für den, der irgend einer Koalition sich anschließen will, die er für nützlich hält, mag diese Koalition sozialdemokratisch sein oder nicht, mag sie heißen und aussehen wie sie will! Freiheit aber auch dem Arbeiter, der sich keiner Organisation anschließen will, weil er deren Nutzen nicht einzusehen vermag! So allein kann die wirkliche Koalitionsfreiheit aussehen, das ist die Koalitionsfreiheit, die wir meinen. Man kann eben theoretisch nicht die Freiheit predigen und sie in der Praxis zugleich mit Füßen treten, ohne daß die breiten Massen einmal stutzig werden; und so ist die Erkenntnis von der inneren Unwahrhaftigkeit der sozialdemokratischen Grundzüge in immer weitere Arbeitskreise gedrungen. Dieses beweist auch das schnelle Anwachsen unseres Vereins, welchem sich in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits weit über 1100 Mitglieder angeschlossen haben. Wenn die freien Gewerkschaften sich an die eigene Brust schlagen und übertriebenem Terrorismus, dem anders kann es doch nicht verstanden werden, die Schuld an der Entstehung unserer Bewegung zuschreiben, so treffen sie damit den Nagel auf den Kopf. Die freie Gewerkschaftsbewegung entspricht eben nicht mehr den Bedürfnissen der Zeit. Lange genug hat das unvernünftige Wüten der Klassenkampfsgewerkschaften unserem Wirtschaftsleben tiefe Wunden geschlagen, und es ist verwunderlich, daß in den breiten Massen erst so spät die tiefe Wahrheit des alten Sprichwortes aufgegangen ist: Friede ernährt, Unfriede verzehrt. (Geschäftsbericht folgt in nächster Nummer.)

Werkverein der Frankfurter Maschinenbau A.-G. vorm. Pokorny & Witterkind, Frankfurt a. M. Unser Vorsitzender, Herr Ernst Göpflinger, der bisher mit großem Geschick und vielem Interesse die Geschäfte führte, hat sich aus Gesundheitsrückichten gezwungen gesehen, den Vorsitz niederzulegen. Herr Göpflinger wird jedoch im Vorstand des Werkvereins bleiben und die sernauch fernertun auf Grund seiner reichen Erfahrungen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Die Führung der Geschäfte unseres Werkvereins hat bis auf Weiteres der zweite Vorsitzende, Herr F. Gauterin, und in dessen Verhinderung Herr Adam Dorst übernommen.

Einem eifrigen Mitglied und Förderer unserer Werkvereinsache Herrn Werkmeister Seeligmann, der vor kurzem sein vierzigjähriges Dienstjubiläum in der Firma feiern konnte, wurde das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber verliehen.

Werkverein der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron. Einen schönen Wahlerfolg hatte obiger Verein bei der am 19. ds. M. stattgefundenen Vorstandswahl der Betriebskrankenkasse. Von den 4 zu wählenden Vorstands-Mitgliedern wurden 2 Mitglieder des Vereins in den Vorstand gewählt.

Wir freuen uns mit dem Verein über diesen Wahlausfall, und ist es zu begrüßen, daß die Bewegung dort schon soweit vorgeschritten ist.

Die unentgeltliche Rechtsauskunft wird Samstags von 3-5 Uhr im Sitzungssaal des Werkvereins (Gartenstraße 28) erteilt.

Werkverein der Maschinenfabrik Woenig A. G., Frankfurt a. M.

Geschäftsbericht über das Jahr 1914.

Unsere Jahresversammlung fand am 19. Januar, 5 Uhr abends unter sehr starker Beteiligung in unserem Versammlungssaal im Werk mit folgender Tagesordnung statt:

1. Geschäftsbericht über das Jahr 1913, Jahres- und Rassenberichte.
2. Vorstandswahl bzw. Ergänzungswahl von drei ausscheidenden Vorstandsmitgliedern.
3. Verschiedenes.

Der 1. Vorsitzende H. Grauel eröffnete die Sitzung 5 1/2 Uhr und ließ durch den 2. Schriftführer F. Gutjahr das Protokoll der letzten Generalversammlung verlesen, welches ohne Widerspruch angenommen wurde. Sodann erstattete der 1. Vorsitzende den Geschäftsbericht des vergangenen Jahres und bezeichnete denselben in jeder Weise als sehr zufriedenstellend für unsere Werkvereinsentwicklung. Die Mitgliederzahl ist von 130 auf 280 gestiegen. Der Rassenstand war am

1. Januar 1913	Mk. 3600.—
Die Einnahmen betragen 1913	4513.27
	Summa Mk.	8113.27
Die Ausgaben betragen 1913	2744.40
Rassenbestand am 1. Januar 1914	Mk. 5369.87
Es wurden verausgabt an Krankenunterstützungen, Wöchnerinnen-, Militär- und sonstige Unterstützungen, Sterbegelder	Mk. 1344.40
Für Weihnachtsgabe a. alle Mitglieder	1400.—

Zu Punkt 2) Vorstandswahl, wurden die drei scheidungs-gemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder, H. Reppler, J. Bantl 1. Schriftführer, F. Gutjahr 2. Schriftführer, durch Akklamation einstimmig wiedergewählt.

Der Vorstand besteht aus folgenden Mitgliedern: Hr. Grauel 1. Vorsitzender, H. Reppler 2. Vorsitzender, J. Bantl 1. Schriftführer, F. Gutjahr 2. Schriftführer, A. Euler 1. Kassierer, Chr. Brässel 2. Kassierer, Beisitzer: J. Birkenfeld, H. Gebauer, J. Odenweller.

Zu Punkt 3) Verschiedenes. Der 1. Vorsitzende sprach zunächst noch über das Erscheinen unserer Zeitung, welche allseitig mit großem Interesse und allgemeiner Zufriedenheit begrüßt wurde. Die Kosten für die Abgabe der Zeitung an die Mitglieder übernimmt die Werkvereinskasse.

Um das Bildungsweesen unserer Mitglieder zu fördern, wurde von seiten der Direktion eine Bibliothek von 450 Bänden gestiftet, welches in dankenswerter Weise anerkannt wurde. Vorgenannte Zahl wurde durch Schenkung von Bänden durch unser Mitglied Herrn Rad auf 500 erhöht; auch ihm sei hier nochmals gedankt. Die Benutzung kann in aller Kürze stattfinden.

Ferner wurden noch die Volksvorstellungen erwähnt, zu welchen auch jetzt die Werkvereinsmitglieder des Bezirks Frankfurt zugelassen sind. Die Mitglieder werden gebeten wegen der Karten sich an den 1. Schriftführer Jos. Bantl zu wenden.

Im Laufe des vergangenen Jahres wurde eine Sparkasse gegründet, welche auch gleichzeitig als Weihnachtsspar-Kasse dient. Die Einlagen werden mit 5 Prozent verzinst; es empfiehlt sich, dieser Einrichtung das größte Interesse entgegenzubringen.

Am Schluß der Versammlung dankte der 1. Vorsitzende Grauel den Mitgliedern für ihr überaus zahlreiches Erscheinen und sprach den Wunsch aus, auch im kommenden Jahre die Interessen des Werkvereins in jeder Weise zu fördern.

Aufgestellt den 19. Januar 1914

Der Vorstand.

Veranstaltungsanzeiger der Werkvereine.

Werkverein der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron. Die nächste Vorstandssitzung findet Dienstag den 27. ds. M., abends 6 Uhr im Sitzungssaal des Werkvereins (Gartenstraße 28) statt.

Werkverein der Hedderheimer Kupferwerke und Süddeutsche Kabelwerke, Werk Hedderheim. Montag den 26. d. M. abends 6 Uhr findet im Vereinslokal eine Versammlung statt. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, zu erscheinen.

Verschiedenes

Die Beilage des Kinderblättchens hat, wie aus einer Reihe von Zuschriften hervorgeht, allgemein großen Anklang gefunden. Es ist und leider nicht möglich diese Zuschriften, wie es von verschiedenen Seiten gewünscht wurde, zu veröffentlichen und wir müssen uns auf die Mitteilung beschränken, daß das Kinderblättchen regelmäßig alle 14 Tage beigelegt wird.

Ein „Cirkus der Fünfzehntausend“ in Frankfurt.

Die Frankfurter haben für die nächsten vier Wochen nun wieder ihre Semination. Wieder einmal etwas, worauf sie stolz sein können, dieneil man es ihnen im ganzen deutschen Reich nirgends nachmachen kann. Wo anders gäbe es auch einen Raum, der 15000 Menschen faßt und dazu mit der ungeheuren Kuppel und den 20000 Glühlampen einen so märchenhaften Rahmen abgibt wie in Frankfurt die Festhalle?

In dieser berühmten Festhalle wird in den nächsten Tagen ein in seiner Art einzigartiges Unternehmen seine Pforten aufstun.

Der Cirkus der Fünfzehntausend! die größte eigen-tümliche Veranstaltung, die je auf dem Continent zu sehen war.

Wo man in Frankfurt nur hinblickt, sieht man die riesigen Platane, auf denen Direktor Carré seine 50 Steigpferde sich auf einmal auf den Hinterbeinen erheben läßt, — oder auf denen sonst eine von den 80 Attraktionen des Festspielprogramms sich produziert. Der berühmte Cirkus Carré ist es nämlich, der uns in Frankfurt diese gewaltigen Festspiele beschereen wird.

Was für eine unerhörte Größe diese Festspiele haben werden, mögen einige wenige Zahlen zeigen. In drei Extrazügen werden in den nächsten Tagen nicht weniger als 500 Artisten und Cirkus-Angestellte, 300 Kaschepferde und 250 Menagerietiere ankommen. Man denke, mehr als tausend Lebewesen, Menschen und Tiere werden also an jeder Vorstellung mitwirken.

Natürlich muß sich unsere Festhalle für diesen Zweck, an den der Erbauer sicher nicht gedacht hat, mancherlei Veränderungen gefallen lassen. Heute schon wird fieberhaft an ihr gearbeitet. Die 15000 Klappstühle werden eingebaut; in der Mitte werden zwei Niesenmanegen eingerichtet (der Cirkus Carré ist der erste Cirkus der mit 2 Manegen gleichzeitig arbeitet) und sogar noch eine Rennbahn erbaut. Hinter der Festhalle aber wachsen mit amerikanischer Geschwindigkeit die riesigen Stall- und Räumgebäude empor, in denen die 550 Tiere untergebracht werden.

Sogar eine eigene Zeitung die täglich in einer Auflage von 50—100,000 Exemplaren gratis abgegeben wird, gibt die Zeitung der Festspiele heraus. In Frankfurt ist man auf die Eröffnungsfeierlichkeiten sehr gespannt, und vor dem Gitter der Festhalle drängen sich schon die jüngsten Frankfurter, denen es schon zu lange dauert, bis der Cirkus der Fünfzehntausend seine Pforten aufstun.

